

Impulse für das Brainstorming

Fachgespräch Endlagersuche von Bündnis
90/Die Grünen Bundestagsfraktion „Wie wird
der Schwarze Peter zum Held?“

Impulse aus der IFOK-Arbeit

Der Konflikt um den Salzstock Gorleben als potenziellen Standort für ein Endlager radioaktiver Abfälle ist ohne Zweifel einer der zentralen gesellschaftspolitischen Konflikte. Wenngleich die mit den Projekten einhergehenden Implikationen auf nachfolgende Generationen nicht vergleichbar sind, handelt es sich bei der Stadtbahn West und der Flughafenerweiterung in Frankfurt ebenfalls um sehr umstrittene Projekte. Die Flughafen-Mediation und das darauf aufbauende Regionale Dialogforum haben gezeigt, dass und wie es möglich ist, auch in historisch festgefahrenen und scheinbar unversöhnlichen Konflikten, neue Lösungswege zu entwickeln und zu realisieren. Daraus lassen sich Rückschlüsse auf erfolgreiche Verfahren ziehen:

Leitlinien für erfolgreiche Dialoge

1. Offenheit – um gemeinsame Lernprozesse zu ermöglichen

Dialog lebt von Offenheit. Alle Akteure können ihr Anliegen einbringen. Der unmittelbare Informationsaustausch fördert das Verstehen der Meinung des anderen. Nur wer sich kennt, kann einander vertrauen und nach gemeinsam tragfähigen Lösungen suchen.

Das geltende Recht bildet die Grundlage für den Dialog, ist aber nicht der alleinige Maßstab. Unumgänglich ist es, von Anfang an klarzumachen, wo man in der Entscheidungsphase steht. Dabei gilt: Je weniger bereits entschieden ist, umso besser. Dialog braucht Spielraum.

2. Gemeinsame Klärung der Faktenlage – um zu wissen, was wirklich strittig ist

Gutachten und Gegengutachten kosten alle Beteiligten Zeit, Geld und Nerven. Daher steht am Anfang eines jeden Dialogverfahrens die gemeinsame und verbindliche Klärung der Faktenlage, das „Joint Fact Finding“. Dies geschieht zumeist in Form eines Gutachtens. Alle Beteiligten einigen sich über die Fragestellungen des Gutachtens sowie über die Art und Weise der Ausschreibung und der Vergabe – und sie benennen einen zweiten Gutachter zur Qualitätssicherung

Das „Joint Fact Finding“ kann eine starke Emotionalisierung der Debatte verhindern. Die Gutachten schaffen eine von allen akzeptierte Faktenbasis. Häufig überraschend: Die Beschreibung der Fakten ist unstrittig; Konflikte entstehen erst bei deren Bewertung.

3. Zuhören und ernst nehmen – um neue Lösungen zu finden

Mit der Einladung zum Dialog setzt der Initiator ein klares Zeichen in der Öffentlichkeit: Er ist bereit, kritische Meinungen anzuhören und sie offen zu diskutieren. Das schafft Glaubwürdigkeit, während des Dialogverfahrens und auch danach. „Man hört mir zu und nimmt mich ernst“ – diese Botschaft nehmen alle Beteiligten aus dem Dialog mit.

Wer in einer konfliktären Situation (z.B. bei Infrastrukturprojekten) eine konstruktive Lösung anstrebt, darf nicht darauf pochen, partout Recht zu haben. Wichtig ist vielmehr, zunächst herauszufinden, warum jemand gegen ein Projekt ist. Was will er erreichen, und vor allem: Wie ist er betroffen? Betroffenheit ist keine Frage von „richtig“ oder „falsch“. Insofern ist Kritik immer „berechtigt“. Breite gesellschaftliche Akzeptanz für ein Großprojekt kann nur dann entstehen, wenn persönliche Betroffenheit als legitimes Anliegen akzeptiert und berücksichtigt wird.

4. Transparenz – statt Geheimniskrämerei

Geheimniskrämerei ist der Tod von Dialogverfahren. Wer hinter verschlossenen Türen verhandelt, provoziert Gerüchte und Getuschel. Deshalb sind das kontinuierliche Informieren der Medien und eine transparente und ehrliche Darstellung der (Zwischen-)Ergebnisse wichtig. Die Akteure der Dialog- und Mediationsverfahren berichten über ihre Arbeit in Gesprächen, auf Veranstaltungen und in Newslettern. Die Öffentlichkeit muss wissen, worüber diskutiert wird und wer mit wem redet.

5. Professionalität und Methodenvielfalt – Dialog führen will gelernt sein

Ob Mediation, Bürgerkonferenz, Expertengespräch, Dialogforum oder Zukunftswerkstatt – es gibt eine Fülle an möglichen Beteiligungsverfahren und Veranstaltungsformaten. Erfolgreiche Dialogprozesse leben von einer souveränen Moderation und der intelligenten Gestaltung des gesamten Verfahrens. Der Moderator muss ein breites Repertoire an Methodenkompetenz, Konfliktmanagementstrategien und Mediationstechniken beherrschen. Außerdem gefordert: konzeptionelle Stärke, Kreativität und vor allem Erfahrung, um für jeden Dialog die passenden Instrumente zu finden und sie auf die konkrete Situation zuzuschneiden.

Politische Mediation macht aus großen Konflikten konstruktive Kooperationen. Die Entscheidungen von Politikerinnen und Politikern bleiben dabei jedoch autonom. Politiker sind nach den Prinzipien der repräsentativen Demokratie gewählt. Sie müssen „nur“ ihrem Gewissen gegenüber handeln. Dialog und Mediation in der parlamentarischen Demokratie in Deutschland sind kein Ersatz, sondern nur eine Ergänzung in der Entscheidungsvorbereitung des Parlaments.

Im Sinne eines Brainstormings hilft auch ein kontraintuitiver Blick:

Ausblick: Wie kann ich sicherstellen, dass mein Projekt scheitert?

1. Laden Sie die Projektgegner zu einem „Hintergrundgespräch“ ein und überschütten Sie sie mit so vielen Informationen wie möglich.
2. Seien Sie standfest: Beharren Sie auf Ihren Positionen. Es gibt nur eine richtige Haltung, nämlich Ihre. Betonen Sie, dass Sie ausschließlich im Interesse der Allgemeinheit und des Gemeinwohls handeln.
3. Vermeiden Sie bei den Treffen Dialog und Transparenz. Teilen Sie die Debatte in viele kleine Foren auf und verlangen Sie von allen Beteiligten strengste Diskretion, damit niemand weiß, worüber die anderen sprechen.
4. Verzichten Sie auf neutrale Experten und bestellen Sie stattdessen Gefälligkeitsgutachten. So riskieren Sie keine unliebsamen Überraschungen.
5. Verzichten Sie bei allen Gesprächen konsequent auf einen professionellen Moderator oder Mediator. Moderieren Sie selbst, damit Sie häufiger und länger zu Wort kommen als die anderen.
6. Verschweigen Sie unangenehme Dinge. Bestreiten Sie, was immer Ihnen entgegengehalten wird. Schieben Sie im Zweifelsfall die Schuld auf die Presse.
7. Drücken Sie sich in allem möglichst kompliziert aus: Machen Sie lange Sätze, verwenden Sie so viele Fremdwörter wie möglich. Damit verleihen Sie sich den Nimbus des Experten.

8. Machen Sie deutlich, dass Sie Ihr Vorhaben schon lange vorab vertraulich mit den zuständigen Politikern und Beamten besprochen haben und mit ihnen freundschaftliche Kontakte pflegen. Vergessen Sie nicht zu betonen, dass Sie kein böser Kapitalist, sondern ein guter Kumpel sind.

9. Machen Sie Zusagen, auch wenn Sie nicht im Traum daran denken, sie später einzuhalten. Sorgen Sie sich nicht um die Resonanz in den Medien – das „versendet“ sich.

Ausblick Endlagersuche

Die im Moment in der Diskussion befindlichen Vorschläge zur Entwicklung eines Verfahrens für die Endlagersuche (z.B. das Eckpunktepapier vom Öko-Institut / baden-württembergisches Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft) rekurrieren auf den Vorschlägen des Arbeitskreises Endlagersuche (AKEnd). Vom AKEnd wurde bereits ein Verfahren entwickelt, bei dem geowissenschaftliche, planungswissenschaftliche wie auch regional- und sozioökonomische Kriterien miteinander in Einklang gebracht werden. Darüber hinaus wurden Instrumente zur Bürgerbeteiligung vorgeschlagen. Die Vorschläge müssen sicherlich in Teilen aktualisiert werden, der vom AKEnd entwickelte Verfahrensablauf stellt jedoch weiterhin eine zentrale Basis für die Ausgestaltung der Bürgerbeteiligung bei der Endlagersuche dar. Daher ist nachfolgend noch einmal eine zusammenfassende Darstellung eingefügt.

Verfahrensschritte	Vorgehen, Kriterien, Bewertungen	Instrumente der Bürgerbeteiligung
1. Schritt Ziel: Ausweisung von Gebieten, die bestimmte Mindestanforderungen erfüllen	Für Schritt 1 <ul style="list-style-type: none"> • Geowissenschaftliche Ausschlusskriterien und Mindestanforderungen 	Für das Gesamtverfahren (Schritte 1 - 5) Beteiligung durch Information und Kontrolle: <ul style="list-style-type: none"> • Einrichtung einer Informationsplattform • Kontrollgremium prüft Einhaltung der Verfahrensregeln
2. Schritt Ziel: Auswahl von Teilgebieten mit besonders günstigen geologischen Voraussetzungen	Für Schritt 2 <ul style="list-style-type: none"> • Geowissenschaftliche Abwägung 	
3. Schritt Ziel: Identifizierung und Auswahl von Standortregionen für die übertägige Erkundung Bei Bedarf Rücksprung ↑	Für Schritt 3 <ul style="list-style-type: none"> • Planungswissenschaftliche Ausschlusskriterien • Sozioökonomische Potenzialanalyse • Planungswissenschaftliche Abwägungskriterien • Festlegung übertägiger Erkundungsprogramme und deren Bewertungsmaßstäbe • Beteiligungsbereitschaft für übertägige Erkundung • Geowissenschaftliche und bergbauliche Aspekte 	
4. Schritt Ziel: Festlegung der Standorte für die untertägige Erkundung Bei Bedarf Rücksprung ↑	Für Schritt 4 <ul style="list-style-type: none"> • Übertägige Erkundung • Orientierende Sicherheitsbewertung • Aufstellung von Prüfkriterien • Beteiligungsbereitschaft für untertägige Erkundungsprogramme 	<ul style="list-style-type: none"> • Gemeinderat/Gemeindevertreter trifft abschließende Entscheidung • Orientierendes Votum der Bevölkerung und Gemeinderäte am Standort am Ende von Schritt 5
5. Schritt Ziel: Standortentscheidung Bei Bedarf Rücksprung ↑	Für Schritt 5 <ul style="list-style-type: none"> • Untertägige Erkundung und Bewertung • Sicherheitsnachweis • Vergleich der erkundeten Standorte 	
Endlagerstandort für Genehmigungsverfahren		

Tab. 1: Kriterien, Bewertungen und Instrumente der Bürgerbeteiligung in den einzelnen Verfahrensschritten des Auswahlverfahrens. Quelle: Auswahlverfahren für Endlagerstandorte. Empfehlungen des AkEnd – Arbeitskreis Auswahlverfahren Endlagerstandorte (2002)